



Die Welt nach dem 11. September

Von Kurt Bangert

Die Welt sei nicht mehr dieselbe, so hieß es gleich nach den Anschlägen vom 11. September; nichts sei mehr wie bisher. Das mag eine Übertreibung gewesen sein, sicher ist aber, dass die Ereignisse jenes Tages vieles veränderten, vielleicht auch den einen oder anderen von uns verändert haben, weil sie uns zum Nachdenken und zur Neu-orientierung Anlass gaben. Eine Organisation, die sich vorgenommen hat, Visionen einer besseren Welt zu verwirklichen, muss sich auch über die Konsequenzen des 11. September Gedanken machen. Aber zunächst noch einmal eine rückblickende Reflexion. Warum eigentlich hat uns Nine/Eleven, wie die Amerikaner sagen, so schockiert?

Das Unglück ereignete sich nicht nur in New York, Washington und Pennsylvania, sondern in unser aller Wohnzimmer, auf unseren Bildschirmen. Wir wurden persönlich Zeugen. Eine von Menschen herbeigeführte Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes wurde uns in ihren grausamsten Einzelheiten von den Medien hautnah und ungeschminkt ins Haus geliefert. Es war kein Hollywoodfilm, keine Science Fiction-Veranstaltung, kein Gänsehaut-Kino, sondern krasse Wirklichkeit und nackte Realität. Es war ein Non-stop-Schocker ohne Schockdämpfer. Doch das allein erklärt noch nicht unsere tiefe Betroffenheit. Katastrophenbilder bekommen wir zuhauf zu sehen. Es war mehr:

Wir sahen nicht die Auswirkungen einer verheerenden Naturkatastrophe, die man als unausweichliches Schicksal zu akzeptieren geneigt ist, sondern wurden Augenzeugen eines von Menschen lange zuvor erdachten, strategisch gezielten und minutiös durchgeplanten Massenmordes. Die meisten Verbrechen und Morde geschehen aus gutem Grund unter Ausschluss der Öffentlichkeit und werden vertuscht und geheim gehalten. In diesem Fall sollte sich der Mordanschlag vor den Augen der Öffentlichkeit abspielen. Wir sahen mit eigenen Augen, wie vollbesetzte Flugzeuge in ein Hochhaus rasten und dabei explodierten. Wir sahen den Feuerball und die brennenden Türme, die verzweifelten Männer und Frauen, die sich an die Fenster klammerten und um Hilfe winkten. Wir sahen die herunterspringenden Menschen, die sich lieber in den Tod stürzten als bei lebendigem Leibe verbrannt zu werden. Wir sahen die in sich zusammenstürzenden Türme, alles zermalmend und Tausende von Menschen, darunter Hunderte von Helfern, unter sich begrabend. Wir waren schockiert vom Ausmaß der Tragödie und von der Kaltschnäuzigkeit der Menschen, die das ersonnen hatten und offenbar vor keiner Grausamkeit zurückschreckten.

Konfrontation mit dem Phänomen der Gewalt

Der 11. September war auch deshalb so schockierend, weil wir gezwungen waren, der Gewalt mit ihren vielfältigen Facetten und Folgen ins Auge zu sehen. Die meisten von uns neigen dazu, sich nicht mit dem Phänomen der Gewalt oder des Bösen auseinanderzusetzen. Wir haben eher die Tendenz, die Gewalt, die uns tagtäglich von den Medien zugemutet wird, zu verdrängen und zu vergessen. Es gehört ja zum Überlebenswillen des Menschen, auch unter noch so widrigen Lebensumständen positive Auswege zu suchen und an das Gute und den erfolgreichen Ausgang zu glauben. Am 11. September gab es jedoch keinen Ausweg, kein Entrinnen: Die unverhüllte Gewalt zeigte am 11. September ihre hässliche Fratze. Was aber letztlich zum Vorschein kam, waren die Gesichter von Menschen, die von ihrer Sache voll überzeugt waren, die alle Amerikaner – und uns gleich mit – für die Bösen hielten und uns auf diese Weise die Auswirkungen einer fanatischen Religiosität mit der Schwarzweißmalerei



von Gut und Böse vor Augen führten. Wer steht auf der Seite des Guten und wer auf der Seite der Bösen? Waren wir etwa selbst die Bösen?

Der 11. September hatte zweifellos eine traumatisierende Wirkung. Es war kein Ereignis, das uns am nächsten Tag zur Tagesordnung übergehen ließ. Sogar hartgesottene und sonst relativ empfindungslose Menschen hielten inne und wurden nachdenklich. Bei einigen sensiblen Personen löste Nine/Eleven einen psychotischen Angstzustand aus. Bei anderen Menschen rief die Konfrontation mit der Gewalt von New York und Washington schmerzhaft Erinnerungen wach und ließ alte Wunden neu aufreißen. Psychologen haben darauf verwiesen, dass der 11. September eine Re-Traumatisierung bei Menschen hervorrief, die Jahre zuvor durch schreckliche Ereignisse traumatisiert worden waren. Zum eigenen Schutz neigen wir Menschen dazu, Gewalt aus unserem Gedächtnis zu verdrängen, abzuspalten und aus unserer Erinnerung zu verbannen. Die erneute Konfrontation mit Gewalt zwingt uns dann dazu, vergessene Gewalt erneut zu durchleben. Eine Traumatisierung entsteht vor allem dann, wenn das Opfer dem Gewalttäter völlig hilflos ausgeliefert ist, ohne irgend einen Handlungsspielraum zu seiner eigenen Verteidigung zu haben. Am 11. September waren wir alle zur Tatenlosigkeit und Hilflosigkeit verurteilt. In diesem Sinne wurde mancher von uns traumatisiert.

Der Schrecken des 11. September hat in vielen von uns Ängste vor noch Schlimmerem wachgerufen. Wenn Menschen zu solchen Taten in der Lage sind, was würde sie daran hindern, sich noch Grausameres auszudenken? Was mir schon am Tag der Anschläge Angst machte, war die Vorstellung, die Hintermänner des 11. September würden sich nicht scheuen, auch Atomwaffen einzusetzen, wenn sie sie hätten, und notfalls die Zerstörung der halben Welt in Kauf nehmen, wenn auf diese Weise nur die wahren Gottessucher zum Glauben fänden. Inzwischen dürfte erwiesen sein, dass El Kaïda sich gezielt um atomares Know-how bemüht hat. Unbestritten ist auch, dass es unter islamischen Fundamentalisten anerkannte Atomwissenschaftler gibt. Das alles macht Angst.

Die Ursachen

Über die Identität der Attentäter dürfte es keine Zweifel geben. Es waren meist aus dem Nahen Osten stammende muslimische Fundamentalisten, die die Flugzeuge in die Twin Towers steuerten, fanatische Islamisten, die ihre Religion offenbar sehr ernst nahmen, die von der göttlichen Wahrheit des Islam und des Korans zutiefst überzeugt waren, im säkularisierten Westen widergöttliche Kräfte erkannten, die es zu bekämpfen galt und die im Falle ihres eigenen Todes an die Wirklichkeit eines ihnen als Märtyrern zugesagten Paradieses glaubten. Und wer waren die Hintermänner?

Es waren Osama Bin Laden, seine Freunde und sein El-Kaïda-Netzwerk, die nicht nur die Anschläge vom 11. September, sondern auch zahlreiche weitere Attentate davor und danach erdachten, geplant und umgesetzt haben. Mit dem El-Kaïda-Netzwerk eng verwoben sind die Taliban – vorwiegend Paschtunen, ein kriegerisches Volk im Südosten Afghanistans und im Südwesten Pakistans, das eine fanatische Form des Islam praktiziert und mit Waffengewalt zu verteidigen und zu verbreiten sucht. Es ist ein Stammesvolk, das den Nationalstaat und das Gewaltmonopol des modernen Nationalstaates nicht kennt und sein völkisches Überleben durch den bewaffneten Kampf verteidigt. Insofern gleichen die Lebens- und Denkmuster der Paschtunen im Wesentlichen den Kulturen des Mittleren Orients vor ein- bis zweitausend Jahren. Die Paschtunen sind ein patriarchalisches Volk, das seine Frauen und Töchter hinter vier Meter hohen Mauern versteckt, damit sie den heißblütigen und ebenfalls zu Gewalt neigenden männlichen Nachbarn nicht zum Opfer fallen. Selbst die Regierung Pakistans hat keinen Einfluss auf die *Tribal Areas* der Paschtunen im Südwesten des Landes, wo Stammesfehden mit billig eingekauften oder selbst nachgebauten Kalaschnikows ausgetragen



werden. Nun sind die unaufgeklärten und vormittelalterlichen Denkstrukturen der Paschtunen verbunden mit dem islamischen Fundamentalismus, der zum Auswendiglernen und Wörtlichnehmen des Korans nötigt und somit die Forderung des Korans sehr ernst nimmt, stets eine Waffe bei sich zu tragen und die Ungläubigen mit dieser Waffe zu bekämpfen. Diese besonders frommen Paschtunen konstituieren die Mehrheit der Taliban.

Islamischer Fundamentalismus

Die Taliban-Herrscher haben Bin Laden nicht nur geduldet, sondern offenbar aktiv unterstützt. Beide Gruppen sind aus dem Widerstandskampf gegen die „gottlosen“ Sowjets hervorgegangen. Sie haben erfolgreich an der Seite der Mudschaheddin, der afghanischen Freiheitskämpfer, gegen die Russen gekämpft, die Mudschaheddin aber später militärisch besiegt, um ihre „Gottesherrschaft“ in Afghanistan zu errichten. Ihre eigentliche Berufung ist der Glaubenskrieg gegen Juden und Christen und gegen alle „ungläubigen“ Feinde und Eindringlinge, vor allem gegen die christlichen Amerikaner, die sich ihrer Auffassung nach im Nahen Osten und in den heiligen Stätten des Islam festgesetzt haben und keineswegs besser als die atheistischen Sowjets sind.

Ein weiterer ideologischer Hintergrund der El-Kaïda-Bewegung ist die im Jemen und in Saudi-Arabien verbreitete islamische Wahabiten-Sekte. Osama Bin Laden, dessen Familie aus dem Jemen stammt, gehört dieser Sekte an, einer im 18. Jahrhundert entstandenen puritanischen Bewegung, die sich in Saudi-Arabien weit verbreitet hat und deren Ziel es bis heute ist, zu den ursprünglichen Wurzeln des Islam zurückzukehren. Dazu gehören unter anderem: eine buchstäbliche Interpretation des Korans, die Errichtung eines theokratischen Staates basierend auf dem Scharia-Recht, die Ablehnung jeder Neuerung und das Verbot jeglicher Bilder und jeder Art von Musik. Musikinstrumente sind zu zerstören, und sogar die reichhaltige und hoch entwickelte afghanische Volksmusik fiel bei den wahabitisch geprägten Arabern und Taliban in Ungnade. Auch das Rauchen ist verpönt. Nun sind es die Mudschaheddin zwar gewohnt, unter harten Bedingungen zu leben und zu kämpfen, aber auf ihre Wasserpfeife oder den Schnupftabak verzichten sie nur ungerne. Es heißt, dass ein afghanischer Mudschaheddin während des Krieges gegen die Sowjets einen Araber zum „Märtyrer“ machte, weil er gegen den Tabakgenuss gewettert hatte.¹

Die Wahabiten und ihre Verbündeten in Afghanistan sind kompromisslos und unerbittlich, wenn es um die Befolgung der vorgeschriebenen Riten und Gebräuche geht. Auch Grabmäler und aufwendige Bauten sind ihnen zuwider. Als die Wahabiten einst, aus Arabien kommend, in den Irak vordrangen, zerstörten sie dort wunderschöne Sakralbauten der Schiiten. In Afghanistan haben die mit ihnen befreundeten Taliban auch die gigantischen antiken Buddhastatuen zertrümmert. Kein Wunder auch, dass Bin Laden und seine Verbündeten amerikanische Wolkenkratzer verschmähen und es vorziehen, in Höhlen zu hausen. Bin Laden und die Taliban haben nichts weniger als eine afghanische Kulturrevolution angezettelt.

Taliban wie Wahabiten sind Teil des weit verbreiteten radikalen islamischen Fundamentalismus, der in Abgrenzung gegen modernere, aufgeklärtere und tolerantere Formen des Islam hierzulande oft abfällig als „Islamismus“ etikettiert, von den Fundamentalisten selbst aber als der wahre islamische Glaube verstanden wird. Gerade die türkische Prägung des Islam mit der von Atatürk propagierten Trennung von Staat und Religion gilt in den Augen vieler gläubiger Muslime als aufgeweichter, abtrünniger Islam. Der fundamentalistische Islam kennt dagegen keine Kompromisse mit den Ungläubigen und lehnt jede Trennung von Staat und Religion ab.

¹ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 11. November 2001, S. 11.



Koran wird auswendig zitiert und wörtlich genommen

Der islamische Fundamentalismus hat in den letzten Jahrzehnten einen starken Aufschwung durch eine von Saudi-Arabien ausgehende weltweite Missionierungswelle erfahren. Viele Milliarden Öldollars wurden in die Errichtung von Koranschulen investiert, die es Kindern, die sich sonst keine Schule leisten könnten, erlaubt, wenigstens ein Mindestmaß an Bildung zu erhalten. Diese „Bildung“ basiert jedoch nicht auf den westlichen Prinzipien des selbständigen Denkens, Infragestellens und Forschens, sondern auf dem Auswendiglernen von vorgegebenem, „bewährtem“ islamischen Gedankengut und dem wortwörtlichen Verständnis des geltenden Korantextes. In vielen Teilen der Welt, aber gerade im Nahen und Mittleren Osten, haben Schule und Bildung vor allem mit Merkfähigkeit zu tun, und unzählige Muslime können den Koran von der ersten bis zur letzten Sure auswendig rezitieren und deuten jeden Koranvers als unfehlbares Gotteswort, das es unbedingt zu befolgen gilt, wie es ja auch im Koran selbst heißt:

„O Volk des Buches! Zu euch ist gekommen unser Bote, der euch eröffnet, was verborgen war. Von Allah ist gekommen ein Licht und ein klares Buch“ (El Maidah, Ch. 5, Teil 6, Vers 6). Oder an anderer Stelle: „Wir haben euch gewisslich eine Offenbarung gesandt, wie zuvor Noah und den Propheten nach ihm ...“ (El-Nisu, Kapitel 4, Teil 6, Vers 164).

Der Glaube an die Göttlichkeit des täglich deklamierten und skandierten Korans bringt es mit sich, dass jedem einzelnen Vers eine uneingeschränkte und nicht in Frage zu stellende Autorität zugesprochen wird. Diese Verbindlichkeit bezieht sich selbstverständlich auch auf Äußerungen, die vor Freundschaft mit Christen und Juden warnen oder zum Töten der Ungläubigen aufrufen.

„Oh, Ihr Gläubigen! Macht nicht Juden oder Christen zu Freunden. Sie befreunden sich gegenseitig. Aber wer sie sich zu Freunden macht, ist selbst einer von ihnen. Wahrlich, Allah wird das ungerechte Volk nicht wohl hinausführen“ (El Maidah Kapitel 5, Teil 6, Vers 52).

„Diejenigen, die da glauben, kämpfen für die Sache Allahs, und die ungläubig sind, für die Sache des Bösen. Kämpft darum gewisslich gegen die Freunde Satans, denn seine Strategie ist schwach“ (El-Nisa, Kapitel 4, Teil 5, Vers 77).

Ein Muslim, der den Koran auswendig zu rezitieren weiß, benötigt keinen Nachhilfeunterricht, um Israel und die befreundeten christlichen USA als „legitime Ziele“ zu identifizieren. Noch am 11. September bezeichnete ein prominenter britischer Muslim bei einem Interview im BBC die USA als „legitimate target“.

Muslime, die es mit dem Korantext genau nehmen, dürfen mit Juden und Christen keinen wirklichen Frieden schließen. Denn Juden und Christen sind laut Koran Feinde des Islam – und bleiben es auch. Ein mit Juden oder Christen geschlossenes Bündnis wird nur den Zweck haben, das eigene Überleben und die Ausübung der eigenen Religion zu sichern und den eigenen Glauben mit friedlichen Mitteln zu verbreiten – wenn es mit militärischen Mitteln nicht geht. Aber noch besser ist es, die Feinde mit der Waffe zu bekämpfen, weshalb der Koran dazu aufruft, stets die Waffe bei sich zu tragen. Es muss darum nicht wundern, wenn sich ein Osama Bin Laden immer nur mit seiner Kalaschnikow sehen lässt, denn der Koran schreibt es ihm vor:

„Es soll keine Sünde sein, wenn du durch Regen oder Krankheit in Bedrängnis kommst, dass du deine Waffe beiseite legst. Aber sonst sollst du das Instrument deiner Verteidigung stets mit dir haben. Allah hat den Ungläubigen gewisslich eine demütigende Bestrafung auserkoren“ (El-Nisu, Kapitel 4, Teil 5, Vers 103).

Den Feind mit der Waffe zu bekämpfen, um so dem Glauben an Allah zum Sieg zu verhelfen, ist deshalb legitim, weil die ewige Verdammnis schlimmer ist als der leibliche Tod.



Fehlt dem Islam eine Aufklärung?

Weiten Teilen der islamischen Welt fehlt es nach Meinung einiger fortschrittlicher Muslime an einer orientalischen Aufklärung, weshalb die Prinzipien des freiheitlichen Denkens und der Toleranz vielerorts auffallend abwesend seien. Insbesondere sei es der islamischen Welt „vollkommen fremd, die kritische Vernunft über die Religion zu erheben“, meint Mohammed Arkoun, ein Islamforscher.² Wir im Westen verkennen gerne, dass dieses entscheidende Element der Aufklärung eine Errungenschaft des Abendlandes und gerade mal erst 200 Jahre alt ist. Bis dahin haben auch die Christen gegen die Moderne gekämpft, wie manche Muslime es noch heute tun. Noch 1905 hat Papst Pius X. in einer Enzyklika die kritische Vernunft verurteilt. Nur wenn man in Rechnung stellt, dass der Islam die moderne Aufklärung nicht durchlaufen hat, wird man den islamischen Fundamentalismus begreifen können. Aufklärung ist die moderne Antipode gegen den religiösen Absolutheitsanspruch, das Primat der Vernunft über die Religion und der Anwalt der Menschenrechte und der persönlichen Freiheit gegen die Unterdrückung durch Religion und Tyrannei. „Vor allem muss endlich eine Säkularisierung, also die Trennung von Staat und Religion stattfinden“, fordert Bassam Tibi, ein in Deutschland bekannter muslimischer Aufklärer. Doch gerade eine solche Aufklärung ist dem islamischen Fundamentalismus fremd, ist ihm wohl eher ein Gräuelf. Eine solche Aufklärung würde ihn in seiner Existenz bedrohen, wie er auch das Christentum in seinem Anspruch und in seiner Existenz herausgefordert, bedroht und verändert hat.

Alle Religionen, insbesondere die monotheistischen Offenbarungsreligionen, standen in der Vergangenheit der Vernunft sehr kritisch gegenüber. Auch das Christentum hat sich lange gegen die Vormachtstellung der Vernunft gewehrt. Erst nachdem sich das – moderne – Christentum die Vernunft zum Partner gemacht hatte, vermochte es sich in einer modernen Welt zu behaupten. Allerdings hat die aufgeklärte Vernunft zumindest im Westen zu einer Säkularisierung des Staates und damit zu einem Rückzug der Religion ins Private geführt. Das war zwar ein Verlust für die institutionelle Religion, aber letztlich ein Gewinn für den Einzelnen, denn nur die Säkularisierung des Staates garantiert die Toleranz gegenüber Andersgläubigen und die Freiheit zur Ausübung der eigenen Religion. Darum gilt es, sich gerade mit dem fundamentalistischen Islam über die Prinzipien der Menschenrechte, der Religionsfreiheit, der Toleranz, der Trennung von Staat und Religion sowie der Achtung Andersgläubiger zu verständigen und zu einigen.

Viele im Westen haben sich nach dem 11. September die Frage gestellt, ob nicht nur der fanatische Islamismus, sondern womöglich der Islam insgesamt für den fanatischen Fundamentalismus – und damit indirekt auch für den 11. September – verantwortlich gemacht werden müsse. Weil hierzulande nicht wenige diese Frage positiv beantworten, befürchten Muslime, dass sie allesamt zum Sündenbock für den islamistischen Terrorismus gemacht werden könnten. Dennoch darf eine verantwortliche Replik auf diese Frage nur „Nein“ lauten, da man eine große, insgesamt sehr heterogene Religionsgemeinschaft nicht pauschal für einzelne Terrorakte einiger gewaltbereiter Fanatiker verantwortlich machen darf. Immerhin hat der Islam neben seiner durchaus konfliktbeladenen Geschichte (und vergessen wir nicht die konfliktbehaftete Historie des Christentums) auch eine lange Vergangenheit friedlichen und toleranten der Koexistenz mit anderen Religionen und Kulturen vorzuweisen. Diese Toleranz des Islam gilt es heute zu pflegen, zu kultivieren, zu ermutigen und zu praktizieren.

Gleichwohl sollten sich Muslime – und vor allem ihre geistlichen Führer – selbstkritisch fragen, inwieweit sie durch Strenggläubigkeit und mangelnde Offenheit gegenüber anderen Religionen den geistigen Boden für Fanatismus und Feindseligkeit bereitet haben, sei es durch

² Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 11. November 2001, S. 9.



das Festhalten an einer wörtlichen Auslegung des Korans oder etwa durch ein buchstäbliches Verständnis des Dschihad. Wer nach dem 11. September in einer Moschee noch zum Dschihad gegen Ungläubige aufruft, gerät zwangsläufig in den Geruch, dem Terrorismus Vorschub zu leisten.

Die tieferen Ursachen des 11. Septembers

Es wäre sicherlich ein unverzeihlicher Fehler, würde man die Ursachen des 11. September einzig und allein beim Islam oder beim islamischen Fundamentalismus suchen. Zweifellos gibt es tiefere, schwerwiegende Gründe, die bedacht werden müssen, auch wenn eine Verbindung dieser indirekten Ursachen zum islamistischen Terrorismus nicht eindeutig belegt werden kann. Verbitterung und Terrorismus entstehen nicht aus heiterem Himmel, sondern wachsen auf dem Nährboden ungerechter Strukturen und inmitten von Ungerechtigkeit und Unterdrückung, von Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit. Welches könnten diese tieferen Ursachen sein? Hier einige Ideen dazu:

1. *Der Rückzug des Westens nach dem Afghanistan-Krieg mit den Sowjets.* Der Westen (vor allem die USA und die CIA) haben das afghanische Volk und die kampfbereiten Mudschaheddin in ihrem Befreiungskrieg gegen die Sowjets jahrelang unterstützt, sich aber mit dem Abzug der Russen auch selbst wieder zurückgezogen, um ihre Hände „in Unschuld zu waschen“. Zwar flossen Millio-nen von Waffen und Menschen mordenden Landminen nach Afghanistan, wurden die Bin Ladens und Heckmatjars vom Westen großzügig gefördert und ausgebildet, aber als der Krieg vorbei war, überließ man die Afghanen wieder sich selbst. Dieser Rückzug des Westens und der zuvor so eifrig mitmischenden Amerikaner hat sich als großer Fehler herausgestellt, weil er ein gefährliches Vakuum hinterließ, ein am Boden zerstörtes Land und eine Bürgerkriegssituation, auf deren Humus der terroristische Islamismus wachsen und gedeihen konnte.

2. *Der Palästina-Konflikt.* Dieser seit 50 Jahren andauernde Konfliktherd hat wie kaum ein anderer den Terrorismus befördert und die Feindseligkeiten zwischen dem Islam und den „Ungläubigen“ geschürt. Der Skandal dieser Auseinandersetzung ist weniger die Kompromisslosigkeit der israelischen Regierung und der Palästinenser als vielmehr die Gleichgültigkeit und weitgehende Tatenlosigkeit einer Völkergemeinschaft, insbesondere der USA, die es hinnimmt, dass ein Jahrzehnt nach dem anderen ins Heilige Land geht, ohne dass es zu einer längst überfälligen Einigung über die Aufteilung Palästinas kommt. Angesichts der terroristischen Bedrohung dürfte und sollte der auf beide Seiten ausgeübte Druck in Zukunft sicher verschärft werden.

3. *Andere, vergessene Konflikte.* Es gibt noch eine Reihe von weiteren, von der Weltöffentlichkeit eher „vergessenen“ Konflikten, die seit vielen Jahren fort dauern, ohne dass eine Lösung in Sicht wäre. Im Sudan wütet seit zwei Jahrzehnten ein Bürgerkrieg. Nach wie vor ist auch Kaschmir ein heißes Pflaster. Der Tschetschenien-Konflikt bleibt weitgehend ungelöst und auch der Irak ist ein Pulverfass. Man kann die Amerikaner oder den Westen freilich nicht für alle diese Konflikte ursächlich verantwortlich machen, aber in Zukunft muss unter Einschaltung der Vereinten Nationen sehr viel mehr getan werden, um friedliche Konfliktlösungen herbeizuführen. Der 11. September sollte Anlass dafür sein, dass sich der Westen, die USA und die Vereinten Nationen ernsthaft um die Konflikte und ihre Ursachen kümmern.

4. *Armut und Ungerechtigkeit.* Als tiefere Ursachen für die Ressentiments vieler Menschen gegen die Amerikaner und den Westen müssen auch die wirtschaftliche Not und Unterdrückung der Menschen in zahlreichen Ländern der Erde genannt werden. Während die westlichen Industrienationen und eine Reihe von Schwellenländern vor allem in Asien im Laufe der letzten Jahrzehnte eine kontinuierliche Verbesserung des Lebensstandards und der



Menschenrechte erfahren haben, blieben andere Länder vom Wohlstand ausgeschlossen, mussten sogar eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation hinnehmen. Bürgerkriege, Verschuldungsfälle, wirtschaftliche Ausbeutung, Finanzkrisen und die sich weitende Kluft zwischen den ganz Reichen und den Allerärmsten haben vielerorts zu Hoffnungslosigkeit und Resignation geführt, die den fruchtbaren Boden für Konflikte mit weiteren Nährstoffen anreichern. Die lächerlichen Beträge, die die Industrienationen für die Armutsbekämpfung einsetzen (etwa 0,2 Prozent ihres Bruttosozialproduktes), schreiben zwar die Abhängigkeit der ärmsten Länder vom reichen Norden fest, reichen aber bei weitem nicht aus, um Bildung und Gesundheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit wirklich zu fördern.

5. *Negative Auswirkungen der Globalisierung.* Zu den Ursachen von Armut und Benachteiligung gehören auch die negativen Folgen einer Globalisierung, die vielen Menschen zwar Vorteile und Erleichterungen gebracht und ungeahnte Möglichkeiten und Chancen eröffnet, aber auch die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert hat. Der Wohlstand der Wohlhabenden rückt auch die Armen näher ins Blickfeld und erweckt zunehmend ihren Neid. Und auch in den reichen Ländern mehrt sich die Not und die Zahl der Armen. Auch dies birgt gefährlichen Zündstoff, wie die Unruhen in Frankreich gezeigt haben. Die Reichen werden noch schneller reicher, die Armen ärmer und von Fortschritt und Gewinn abgekoppelt. Angesichts fortschreitender Globalisierung werden sich die Armen ihrer Ohnmacht zunehmend bewusst werden, und wenn zur Armut noch die Einschränkung der Freiheit kommt, erwachsen aus der Resignation und Verbitterung der fanatische Fundamentalismus und Terrorismus.

Die Folgen des 11. September

Die Erinnerung an die einstürzenden Türme des World Trade Centers wird in uns allen wach bleiben. Und mit dieser Erinnerung bleibt auch unsere Angst. Unsere Angst vor neuen Anschlägen. Vor dem, was sich verwirrte Hirne noch alles ausdenken könnten. Vor biologischen, chemischen oder atomaren Anschlägen, die das, was am 11. September geschah, vergleichsweise harmlos erscheinen lassen könnten. Auf lange Zeit werden wir nicht nur mit der Angst vor, sondern auch mit dem Terrorismus leben müssen. Immer wieder müssen wir derzeit erleben, wie Anschläge uns überraschen und unsere Angst neu geschürt wird.

Eine Folge von 9/11 ist ein verändertes Verhältnis des Westens zum Islam und zu den Muslimen. Viele im Westen stehen dem Islam skeptisch gegenüber. Gleichzeitig ist aber auch ein Bedürfnis entstanden, den Islam besser zu verstehen, nicht zuletzt auch aus dem Wunsch heraus, die legitime Andersgläubigkeit der Muslime vom intoleranten, gewaltbereiten Fundamentalismus unterscheiden zu können. Dahinter steht die Frage: Ist der islamische Terrorismus eine krankhafte Verirrung oder ist er vielmehr ein wesentlicher Teil des Islam? In unserem Verhältnis zu Muslimen erleben wir zumindest hierzulande zwei ganz unterschiedliche Reaktionen: zum einen eine neue Intoleranz und Ausländerfeindlichkeit, die in allen Muslimen potentielle Terroristen sieht, zum andern aber auch eine Verharmlosung des islamischen Fundamentalismus, so als hätte er nichts mit dem Terrorismus zu tun und müsste unter dem Deckmantel der religiösen Freiheit toleriert werden. Beide Ansätze sind falsch. Stattdessen sollten wir uns in einem kritischen Dialog mit dem Islam auseinandersetzen. Und der Islam umgekehrt auch mit uns und den Prinzipien der Religionsfreiheit sowie der Trennung von Staat und Religion, denn nur durch diese Trennung kann allen Religionen die Freiheit gewährt werden, die sie jeweils für sich selbst beanspruchen.



Eine weitere Folge des 11. September ist eine Machtverschiebung zugunsten Amerikas. Es ist ein Paradoxon, dass die Macht der USA – die Osama Bin Laden zu reduzieren trachtete – nach dem 11. September noch größer geworden ist. Die Vereinigten Staaten von Amerika, mit den Anschlägen von New York und Washington definitiv zur Zielscheibe des Terrorismus auserkoren, haben sich auf den Weg gemacht, den Terrorismus weltweit zu bekämpfen. Diesem Zweck dient eine Neuorientierung der Geheimdienste und dem wurde auch eine neue Außen- und Sicherheitspolitik unterworfen. „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“, verkündete der amerikanische Präsident kurz nach den Anschlägen. Wer nicht auf der Seite der Amerikaner gegen den Terrorismus kämpft, wird selbst zum Terroristen. Und wenn die USA gegen Afghanistan, den Irak oder andere so genannte Schurkenstaaten zu Felde ziehen, so glauben sie das Recht stets auf ihrer Seite zu haben, auch wenn ihr Handeln gegen staatliche Souveränität oder anerkanntes Völkerrecht verstößt. Unverständnis erntet, wer hier internationale Konventionen einfordert oder fadenscheinige Gründe als *casus belli* nicht akzeptiert. Der Krieg gegen den Irak ließ sich – mag der Sturz Saddam Husseins noch so begrüßenswert gewesen sein – zumindest aus Sicht des „alten Europas“ (Frankreich und Deutschland) mit dem bloßen Verdacht auf Husseins Absicht, Nuklearwaffen herzustellen, nicht ausreichend begründen. Doch trotz des Irak-Krieges macht die Welt gute Miene zum *War on Terrorism*, den die Vereinigten Staaten mit unerbittlicher Härte und notfalls mit der Einschränkung persönlicher Freiheiten zu führen bereit sind. Was der erfolgreichen Bekämpfung des Terrorismus dient, gilt ihnen als legitim.

Eine Folge dieser amerikanischen Machtpolitik ist die weitere Anreicherung des terroristischen Nährbodens. Dass das harte Vorgehen der USA eine reaktionäre Antwort der islamischen Fundamentalisten hervorrufen würde, durfte man erwarten. Auch wenn viele terroristische Zellen der El Kaïda und der Taliban in Afghanistan ausgehoben wurden, haben sie sich anderswo inzwischen neu formiert. Und freilich hat der Krieg gegen den Irak dem islamischen Terrorismus zusätzlichen Auftrieb gegeben. Man muss damit rechnen, dass es weiterhin zu zahlreichen terroristischen Anschlägen kommt, bevor der Terrorismus besiegt wird.

Schließlich steht zu befürchten, dass sich aus all diesen Entwicklungen letztlich doch eine lang anhaltende Auseinandersetzung unterschiedlicher Zivilisationen und Religionen ergeben könnte. Samuel Huntington's Buch vom „Kampf der Kulturen“ hatte nach dem 11. September Hochkonjunktur. Hatte er doch recht? Kann man den *Clash of Civilizations* überhaupt übersehen? Es stehen sich heute gegenüber: ein liberaler, individualistischer, hochtechnisierter, säkularisierter, vorwiegend jüdisch-christlich geprägter, politisch und wirtschaftlich starker Norden/Westen auf der einen Seite – und ein noch sehr in Tradition verhafteter, in historischen Kulturen und Religionen verwurzelter, aber weitgehend verarmter Süden/Osten auf der anderen Seite. Ob es auf lange Sicht tatsächlich zu einem Kampf der Kulturen kommen wird, hängt entscheidend davon ab, wie diese Auseinandersetzung geführt wird: mit Mitteln der Gewalt (wozu der Islamismus den Westen herausgefordert hat) oder mit friedlichen Mitteln der Koexistenz und Kooperation, des Dialogs und der Verständigung, der Aufklärung und Bildung, der Förderung und Entwicklung, der Opferbereitschaft und des Teilens. Es liegt auch an uns, wie wir diesen Kampf führen werden.

Die Bekämpfung des Terrorismus

Auch wenn wir uns im Norden selbstkritisch fragen müssen, inwieweit wir selbst den Terrorismus befördert haben, führt kein Weg daran vorbei, diesen terroristischen religiösen Fundamentalismus unsererseits zu bekämpfen. Dieser Kampf darf nicht mit denselben Mitteln geführt werden, aber er muss auf mehreren Ebenen geführt werden. Der Angriff der



Terroristen auf die USA galt den Symbolen ihrer wirtschaftlichen (World Trade Center), militärischen (Pentagon) und politischen Macht (Capitol). Umgekehrt macht der 11. September die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und seiner wirtschaftlichen, militaristischen und politischen Strukturen notwendig. Darüber hinaus müssen aber auch seine ideologischen Brutzentren untergraben werden.

Der 11. September hat gezeigt, dass der islamische Terrorismus vor diesem Datum weit unterschätzt und nicht energisch und erfolgreich genug bekämpft worden war. Trotz des Versuchs von 1994, das World Trade Center zum Einsturz zu bringen, und trotz der Attentate auf amerikanische Botschaften in Kenia und Tansania sowie auf die USS Cole blieben die Bemühungen der USA, die Hintermänner dieser Anschläge zu fangen und zu bestrafen, halbherzig und erfolglos. Konventionelle Mittel blieben unzureichend und unbefriedigend. Der Angriff auf die Twin Towers und das Pentagon machte eine neue Ära der Terrorismusbekämpfung erforderlich – nach der Devise: Bekämpfung des Terrorismus mit allen notwendigen Mitteln.

Zu diesen Mitteln gehörte zunächst die von den USA ins Leben gerufene Behörde für *Homeland Security*, die sich der Sicherheit des Landes widmet und bei Bedarf Sicherheitswarnungen veröffentlicht, die zu verstärkter Wachsamkeit und Kontrolle mahnen. Dass mit solchen Warnungen auch Ängste geschürt werden, ist für amerikanische Politiker durchaus ein willkommener Nebeneffekt, hilft es doch dem amerikanischen Volk, dem Präsidenten sein hartes Vorgehen im Ausland und seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten daheim zu verzeihen.

Zur Terrorismusbekämpfung gehört auch eine Neuorientierung der Arbeit der Geheimdienste und ihre verstärkte Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg. Dazu gehört die dauernde Beobachtung islamistischer Zellen, aus denen neue Attentäter rekrutiert werden könnten, damit die so genannten „Schläfer“ rechtzeitig identifiziert werden.

Zur Terrorismusbekämpfung gehört ferner das Einfrieren der den terroristischen Netzwerken zur Verfügung stehenden Gelder, von denen vermutet wird, dass sie teilweise aus den Gewinnen des Drogenanbaus herrühren und durch Geldwaschanlagen gegangen sind. Es gab auch starke Hinweise darauf, dass Leute mit „Insider-Wissen“ enormes Kapital aus den Terrorangriffen geschlagen haben. Obwohl kurz nach dem 11. September viele Konten von verdächtigen Kontoinhabern eingefroren wurden, muss bezweifelt werden, dass die Finanzflüsse der Terroristen wirklich gestoppt wurden.

Zur Terrorismusbekämpfung gehört notgedrungen auch die Überwachung, Isolierung und ideologische Aushebelung des fundamentalistischen Islamismus. Wer die Errichtung eines mono-lithischen Gottesstaates islamistischer Prägung predigt, hat in einem multireligiösen, freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat eigentlich nichts verloren.

Es ist viel davon geredet worden, dass der Kampf gegen den Terrorismus nur mit probaten und legalen Mitteln geführt werden dürfe. Leider sind die Amerikaner inzwischen in den Verdacht geraten, es bei der Terrorismusbekämpfung mit der Legalität nicht so genau zu nehmen. Wenn der Terrorismus bekämpft wird, indem man die freiheitliche Ordnung unterdrückt und rechtsstaatliche Prinzipien außer Kraft setzt, wird das weder für das Ansehen der USA noch für westliche Demokratieförmigkeiten gut sein. Der Krieg gegen den Terror darf nicht gerade solche Errungenschaften außer Kraft setzen, für deren Bewahrung der Terrorismus bekämpft wird. Sinn und Zweck der Terrorismusbekämpfung ist doch die Verteidigung von Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Diese Prinzipien dürfen nicht nur als Ziel der Terrorismusbekämpfung definiert werden, sie müssen auch in den aufgewendeten Mitteln sichtbar bleiben.

Strittig bleibt die Frage, ob Krieg als Mittel im Kampf gegen den Terrorismus legitim sei. Im Falle des Afghanistan-Krieges hat die Völkergemeinschaft das Vorgehen der Amerikaner



befürwortet, weil sich das afghanische Taliban-Regime weigerte, den Terroristen Osama Bin Laden auszuliefern. Im Falle des Irakkrieges gab es weltweit große Kritik am Vorgehen der Amerikaner, weil sie nicht belegen konnten, dass das irakische Regime Verbindungen zum Terrorismus hatte und/oder die Herstellung von Massenvernichtungswaffen plante. Auch die nachgelieferte Begründung der Menschenrechtsverletzungen durch Saddam Hussein wäre noch kein ausreichender Kriegsgrund gewesen. Viel plausibler, aber gleichwohl noch bedenklicher erschien mir da die durch Angehörige der amerikanischen Regierung propagierte Sicherheits- und Energiepolitik. Diese Politiker wollten den Irakkrieg, um den Amerikanern die nahöstlichen Ölquellen und den politischen Einflussbereich in dieser Region zu sichern.

Die Bekämpfung der tieferen Ursachen des Terrorismus

Es genügt nicht, die terroristischen El-Kaïda-Zellen auszuheben oder die Hintermänner der Anschläge dingfest zu machen. Die tieferen Ursachen des Terrorismus müssen ebenfalls identifiziert und bekämpft werden. Dazu gehören die folgenden Maßnahmen:

1. Viele der seit Jahren schwelenden Konflikte in der „Dritten Welt“ müssen von der internationalen Staatengemeinschaft mit großer Beharrlichkeit und ausdauerndem politischen Willen einer friedlichen Lösung zugeführt werden. Zu nennen sind hier neben dem Unruheherd Irak vor allem die Konflikte in Palästina, Kaschmir, Sudan und Tschetschenien – Konflikte, an denen jeweils Muslime beteiligt sind. Die Menschen in diesen Ländern brauchen Perspektiven für eine bessere Zukunft.

2. Der fundamentalistische Islam, der sich die Bekämpfung der „Ungläubigen“ selbst mit Mitteln der Gewalt zum Ziel setzt und allüberall die Errichtung eines Gottesstaates anstrebt, sollte, wo immer er auftritt, sorgfältig beobachtet und notfalls verboten werden. Wichtiger aber als ein Verbot ist die ideologische Auseinandersetzung. Dazu müsste auch eine ideologische „Unterwanderung“ gehören, die den unaufgeklärten Fundamentalismus in die Moderne führt. Insbesondere muss Einfluss genommen werden auf die vielen von Saudi-Arabien finanzierten Islamschulen in zahlreichen muslimischen Ländern, in denen Kinder aus verarmten Familien eine fundamentalistische Gehirnwäsche erhalten.

3. Grundsätzlich sollten alle Arten von religiösen Sekten und Splittergruppen, welcher Glaubensrichtung sie auch angehören mögen, in größere Dachorganisationen eingebunden werden, die sich zu grundlegenden ethischen Verhaltensnormen und internationalen Konventionen bekennen. Nur so ist es möglich, Religionsfreiheit auch für exotische Gruppierungen zu gewähren, ohne auf die Überwachung und Kontrolle von gewaltbereiten Gruppen zu verzichten.

4. Mit den Führern der Religionen sollte auf UN-Ebene ein intensiver Dialog geführt werden, damit man sich auf gemeinsame globale ethische Standards verständigt. Dabei muss es um einheitliche Menschenrechte, um friedliche Methoden der Konfliktbearbeitung und um Richtlinien der Religionsfreiheit gehen – nach der Devise von Hans Küng: „Kein Friede unter den Nationen ohne Frieden unter den Religionen. Kein Friede unter den Religionen ohne Dialog zwischen den Religionen. Kein Dialog zwischen den Religionen ohne globale ethische Standards. Kein Überleben unseres Globus in Frieden und Gerechtigkeit ohne ein neues Paradigma internationaler Beziehungen auf der Grundlage globaler ethischer Standards.“ Eine Lösung wäre etwa ein hohes UN-Gremium, in dem alle Regionen der Welt vertreten sind und das sich mit Fragen der Religionsausübung und Religionsfreiheit, aber auch mit wirtschaftlichen, politischen, ökologischen und sozialen Fragen auseinandersetzt.

5. Die negativen Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung und finanziellen Liberalisierung müssen ernster genommen werden. Obwohl die Globalisierung viele Vorteile bietet, auch für einige Schwellenländer, hat sich gezeigt, dass die Geschwindigkeit dieses



Prozesses viele Menschen überfordert, bedroht und verarmen lässt. Die Globalisierung hat zur Polarisierung geführt, das heißt zum Auseinanderdriften von Arm und Reich, sowohl über Grenzen hinweg als auch innerhalb von nationalen Grenzen. Gewinner und Verlierer gibt es in allen Ländern, auch den industrialisierten. Hier müssen insbesondere die spekulativen Finanzmärkte weltweit besser reguliert werden, müssen die Prozesse der Globalisierung universal gesteuert und transparenter gemacht werden.

6. Im Zeitalter der wirtschaftlichen und finanziellen Globalisierung darf es den reichen Ländern nicht gleichgültig sein, wenn „Dritte-Welt“-Länder den Anschluss an den industrialisierten Wohlstand verpassen und keinen Ausweg aus der Armutsfalle finden. Deshalb müssen die westlichen Länder endlich Ernst machen mit ihrer Absicht, 0,7 Prozent des Bruttoinlandeinkommens für die Armutsbekämpfung aufzuwenden. Diese Quote sollte in einem definierten und überschaubaren Zeitplan schrittweise erreicht werden.⁶³

7. Darüber hinaus sollte die Entwicklungszusammenarbeit einen gänzlich anderen Charakter erhalten, von einer eher projektbezogenen Hilfe (als Feigenblatt für unser schlechtes Gewissen) hin zu einer systematischen Armutsbekämpfung, bei der innerhalb eines Landes oder einer Provinz flächendeckend Basisdienste gefördert, Infrastrukturen verbessert und Zivilgesellschaften entwickelt werden. Dabei könnten verschiedene Geberstaaten in Konkurrenz zueinander Patenschaften für fest umgrenzte Gebiete übernehmen, um über längere Zeiträume (10 bis 20 Jahre) entwicklungsrelevante Parameter miteinander vergleichen zu können. Solche Länderpatenschaften müssen nicht in eine verdeckte Form des Neokolonialismus ausarten, sondern wurden im Falle von Afghanistan sogar von den Afghanen selbst vorgeschlagen. Diese Art der umfassenden Entwicklungszusammenarbeit erfordert eine Neuorientierung im Sinne einer stärkeren Konzentration auf wenige Länder, die jeweils von einem Industriestaat gefördert werden.

8. Zu einer Neuorientierung gehört vielleicht auch das Überdenken einer von vielen Industriestaaten derzeit praktizierten Bevorzugung von Vorzeigestaaten (*good performers*) unter den Entwicklungsländern zuungunsten der Problemstaaten (*bad performers*). Natürlich erscheint es sinnvoll, Schurkenstaaten mit Sanktionen zu belegen, um sie zum Einlenken zu bewegen, aber sie komplett zu ignorieren, könnte zu einer selbstgewählten Isolation dieser Staaten und – wie Nordkorea und Irak gezeigt haben – zu gefährlichen Sicherheitsrisiken führen. Die Vernachlässigung und Ignorierung der *bad performers* kann sich langfristig als gescheiterte Politik herausstellen. Wie der Fall Afghanistan gezeigt hat, kann die Nichtbeachtung von Schurkenstaaten zu einem gefährlichen Vakuum führen, in dem sich terroristische Kräfte tummeln. Um die *bad performers* in *good performers* umzuwandeln, bedürfte es eines intensiven Dialoges und einer ganzen Palette diplomatischer und politischer Mittel. Solche Dialoge könnten unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Gruppen des jeweiligen Staates geführt werden.

Die Welt nach dem 11. September bedarf zweifellos großer Wachsamkeit im Hinblick auf globale Gefährdungen und enormer Anstrengungen, um Menschenrechte, friedliche Konfliktlösungen, demokratische Freiheiten und soziale Gerechtigkeit weltweit zu fördern.